

Pressemitteilung

DKG zum Klimagutachten des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI)

Krankenhäuser fordern Mittel für klimagerechte Investitionen

Berlin, 19. Juli 2022 – Fehlende Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und bislang nicht vorhandene politische Unterstützung haben den Klimaschutz in den Krankenhäusern ausgebremst. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) für die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG). Es handelt sich um die erste umfassende Erhebung klima- und energierelevanter Daten deutscher Krankenhäuser. Zusätzlich identifiziert die Studie über 100 Klimaschutzmaßnahmen, um die Klimabilanz von Krankenhäusern zu verbessern. Seit zwei Jahrzehnten leiden die deutschen Krankenhäuser unter der dramatischen Unterfinanzierung der Investitionsförderung, die trotz gesetzlicher Pflicht von den Ländern nicht geleistet wird. Jährlich fehlen über drei Milliarden Euro. Diese Mangelwirtschaft der Politik hat zu massiven Defiziten bei der baulichen Infrastruktur, der Medizintechnik, der Digitalisierung und auch beim Klimaschutz geführt. Klimaschutz in Krankenhäusern kann einen bedeutsamen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasen leisten. Insgesamt werden rund fünf Prozent des nationalen Ausstoßes dem Gesundheitswesen zugeschrieben. Ein Großteil davon entfällt auf die Krankenhäuser.

Klimaschutz steht auf der strategischen Agenda vieler Krankenhäuser. 71 Prozent der befragten Krankenhäuser sehen die Notwendigkeit und gaben an, dass der Klimaschutz in ihre Anpassungsstrategie zum Klimawandel einfließt. 38 Prozent der Häuser haben Leitlinien und Zielvorgaben zur Energieeinsparung und Nachhaltigkeit etabliert, 30 Prozent beschäftigen Klimamanager. Daneben werden häufig unterschiedliche Einzelmaßnahmen eingesetzt, etwa im Bereich der Wärmedämmung, der Müllvermeidung oder beim Monitoring von Verbrauchskennzahlen. „Krankenhäuser können als Großverbraucher einen spürbaren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dazu müssen sie aber in Technik und Prozesse investieren. Die seit Jahrzehnten unzureichende

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

SEKRETARIAT
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

Investitionskostenfinanzierung zwingt Krankenhäuser allerdings dazu, die knappen Mittel vorrangig für die notwendigsten Anschaffungen in der direkten Patientenversorgung zu verwenden. Deshalb ist bei der CO₂-Neutralität vieles liegengeblieben. Die Krankenhäuser benötigen ein Investitionsprogramm für den Klimaschutz, um die vorhandenen Potentiale zu heben“, erklärt der DKG-Vorstandsvorsitzende Dr. Gerald Gaß.

Aktuell ist das Klimaschutzpotenzial der Krankenhäuser noch nicht ausgeschöpft: 63 Prozent der befragten Kliniken sehen Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Energie- und Stromversorgung. Bei der Wärmeversorgung sieht jedes zweite Krankenhaus Handlungsbedarf, etwa bei den technischen Anlagen, der Wärmerückgewinnung und dem Primärenergiemix. Erneuerbare Energien kommen zwar zum Einsatz, jedoch nur in begrenztem Umfang. Auch in anderen Maßnahmenfeldern gibt es noch viel Potenzial, zum Beispiel bei der Kälte- und Wasserversorgung oder durch den kontrollierten Einsatz von klimaschädlichen Narkotika.

Im Rahmen der Untersuchung wurden auch zentrale Kennzahlen der Wärmeversorgung abgefragt. Bei den genutzten Energieträgern dominierte Erdgas mit 92 Prozent, Fernwärme und leichtes Heizöl waren als Energieträger bei rund der Hälfte der Kliniken im Einsatz. Angesichts der aktuellen Gaskrise warnt der DKG-Vorstandsvorsitzende vor einem Kollaps der Kliniken durch entstehende Engpässe im kommenden Herbst und Winter. „Unerlässlich ist, dass Krankenhäuser als Teil der kritischen Infrastruktur vorrangig mit Gas beliefert werden. Die Arbeitsfähigkeit eines Krankenhauses hängt aber auch von zahlreichen Zulieferbetrieben ab. Wäschereien, Küchen und andere Betriebe, die Krankenhäuser versorgen, müssen ebenso vorrangig versorgt werden, um den Klinikbetrieb aufrechterhalten zu können“, so Gaß.

Eine aktuelle DKI-Blitzumfrage bestätigt die dramatische Lage. Danach haben die Kliniken kurzfristig keine oder nur relativ geringe Einsparmöglichkeiten beim Gas. Versorgungsengpässe oder massive Preissteigerungen würden die Krankenhäuser mit voller Wucht treffen. Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser erwartet in diesem Jahr noch höhere Preise bei Gas und Strom. Aktuell haben viele Kliniken Verträge mit ihren Gasversorgern, die befristete Preisbindungen oder -obergrenzen vorsehen. Mit Auslaufen dieser Verträge in diesem oder spätestens im nächsten Jahr sind enorme Preissprünge zu erwarten. Schon 2022 sind bereits 43 Prozent der Kliniken bei Gas und 45 Prozent bei Strom von Preissteigerungen betroffen, trotz der vermeintlichen Vertragssicherheit. Diese

Preissteigerungen sind durch die Preise für die Patientenbehandlung längst nicht mehr gedeckt. „Die gesetzlich gedeckelte Preissteigerung bei den Fallpauschalen beträgt in diesem Jahr 2,32 Prozent. Wir fordern daher finanzielle Ausgleiche, um die Einsatzbereitschaft und wirtschaftliche Stabilität der Kliniken zu sichern“, so Gaß. Krankenhäuser könnten die massiven Preisanstiege nicht weitergeben, wie es in der Wirtschaft der Fall ist. Um die Preissteigerungen auch in anderen Bereichen wie Lebensmitteln und Medizinprodukten abfedern und weitere wirtschaftlich bedingte Schließungen verhindern zu können, benötigten die Kliniken dringend einen Inflationsausgleich.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise bleibt der Umwelt- und Klimaschutz ein vorrangiges Ziel der Krankenhäuser. Die über 100 Klimaschutzmaßnahmen betreffen laut Studie acht Handlungsfelder wie Nutzerverhalten, Klimafolgenanpassungen, Abfall- und Energiemanagement. Im wichtigen Feld von Energie und Strom gilt es, den Primärenergiebedarf zu reduzieren. Hierzu können Erdwärmesonden eingesetzt werden. Dabei bieten die Laufzeitoptimierung von raumluftechnischen Anlagen sowie Zeitschaltungen und Präsenzmelder die größten Möglichkeiten, kurzfristig Energie und Strom einzusparen. Auch die Ausgliederung der Energieversorgung an externe Dienstleister (Contracting) trägt erheblich dazu bei, dass Krankenhäuser sich schnell und effizient energetisch sanieren können.

Die energetische Sanierung von Krankenhäusern in Deutschland erfordert zusätzliche Investitionsmittel in großem Umfang. „Sollten alle individuell möglichen Maßnahmen umgesetzt werden, wären Investitionen im mittleren zweistelligen Milliardenbereich nötig“, erklärt Gaß. Dafür sollte ein Krankenhaus-Klimaschutzfonds gebildet und gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden. Klimaneutralität stellt dabei das anzustrebende und nachhaltigste Zielszenario dar. Sofern geringere Mittel zum Einsatz kommen, bleibt dieses Ziel jedoch außer Reichweite.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.903 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 19 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,3 Millionen Mitarbeitern. Bei 122 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.